

SPD-Fraktion *direkt*

Ausgabe 2016 | 05

05.02.2016

INHALT

ZUR LAGE	2
ZUR WOCHE	4
RHEINLAND-PFALZ NIMMT SPITZENPLATZ BEI KITA-BETREUUNG EIN	4
CDU-FRAKTION DISKUTIERT AN SCHULWIRKLICHKEIT VORBEI	4
SPD-FRAKTION BEGRÜßT AUFKLÄRUNGSKAMPAGNE DER POLIZEI	5
SPD-FRAKTION DANKT BÜRGERBEAUFTRAGTEN FÜR SEINE WERTVOLLE ARBEIT	6
ROT-GRÜNE KOMMUNALREFORM ERNEUT BESTÄTIGT	6
ZAHLEN UND FAKTEN	8

ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit **unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer** wird bei uns im Land Sicherheit großgeschrieben! Die neuen Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegen das bei der Zahl der Polizistinnen und Polizisten im Ländervergleich noch einmal besonders deutlich. In Rheinland-Pfalz waren zum Stichtag, am 30. Juni 2014, 11.870 Personen (Polizeivollzugsbeamte, Verwaltungsbeamte und Tarifangestellte) im Bereich der Polizei beschäftigt. Auf 100.000 Einwohner gerechnet sind dies 297 Beschäftigte. Mit diesem Wert liegen wir vor anderen westdeutschen Flächenländern wie Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg. Laut Bund belegt Rheinland-Pfalz mit einer Steigerung von 6,9 Prozent in zehn Jahren eine Top-Position unter den Bundesländern.

Die aktuellen Zahlen zeigen eindrücklich, dass die CDU-Fraktion in diesen Wochen mit Falschbehauptungen hantiert, um im Wahlkampf Stimmung zu machen. Am 18. Januar erklärte die CDU-Oppositionsfraktion, Rheinland-Pfalz trage die „Rote Laterne bei der Personalausstattung“ der Polizei. Julia Klöckner hat am 5. Januar in der Zeitung „Die Welt“ behauptet, Rheinland-Pfalz baue bei der Polizei „eher Stellen ab als auf“. Diese und andere Aussagen sind nachweislich falsch!

Ich bin mir mit unserem polizeipolitischen Sprecher **Wolfgang Schwarz** einig: Rheinland-Pfalz hat in den vergangenen Jahren massiv in die Polizei und die Innere Sicherheit investiert. Der SPD-geführten Landesregierung mit **unserem Innenminister Roger Lewentz** ist es auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung gelungen, die Sicherheit der Bevölkerung großzuschreiben und viel im Sinne der Polizei zu tun. Zudem arbeiten wir als SPD-Fraktion an weiteren Verbesserungen für die Polizei.

Bemerkenswert ist: In die (für Rheinland-Pfalz schon gute) Bundesstatistik konnte noch nicht einfließen, dass die SPD-Fraktion und die Landesregierung seit 2014 nochmal intensiv in die Innere Sicherheit investiert haben:

- So wurde die Zahl der Polizeianwärter im zweiten Jahr in Folge erhöht – auf 500 in diesem Jahr; mit diesem Wert liegt ein historischer Höchststand vor.

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



- Überdies werden und wurden zusätzliche Tarifstellen für die Polizei geschaffen; diese entlasten die Polizeibeamten bei ihren Aufgaben.
- Im Bereich der Polizei wurde das Personalbudget um 5,5 Prozent erhöht, die Mittel für Ausrüstung und Ausstattung sind gestiegen.
- Im Haushalt 2016 betragen die Gesamtausgaben bei der Polizei 631,3 Millionen Euro.

Das alles zeigt: Sicherheit wird großgeschrieben!

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Alexander Schweitzer'.

Alexander Schweitzer

ZUR WOCHE

Rheinland-Pfalz nimmt Spitzenplatz bei Kita-Betreuung ein

„In Rheinland-Pfalz sind in den vergangenen Jahren viele Krippen- und Kita-Plätze geschaffen worden, und die Mütter und Väter nutzen diese sehr gerne“, erklärte unsere Sprecherin für Kita-Politik, **Bettina Brück**, anlässlich der in dieser Woche veröffentlichten Vergleichszahlen des Statistischen Bundesamts. *„Es zeigt sich, dass in kaum einem anderen westdeutschen Flächenland so viele Kleinkinder eine Kita besuchen wie in Rheinland-Pfalz. Bei den Unter-Dreijährigen hat Rheinland-Pfalz eine Betreuungsquote von 30,6 Prozent, bei den Zwei- bis Dreijährigen eine Quote von fast 71 Prozent und nimmt damit den Platz eins unter den westdeutschen Flächenländern ein.“*

„Der Weg der SPD-geführten Landesregierung, keine Kita-Gebühren für Kinder ab zwei Jahren zu verlangen, ist im Sinne der Familien“, unterstreicht **Brück**. *„So wird eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen und Bildungsgerechtigkeit gefördert. Honoriert wird überdies, dass in Rheinland-Pfalz stetig in Ausbau und Qualitätsverbesserungen in Kindertagesstätten investiert wird sowie Mittel für die gezielte Sprachförderung von deutschen und nichtdeutschen Kindern bereitstehen. Dass die CDU-Fraktion jüngst im Landtag wieder die Einführung von Kita-Gebühren, die Einführung der sogenannten Klöckner-Steuer, beantragt hat, zeugt von einer rückwärtsgewandten Familienpolitik. Antiquiert ist auch der CDU-Plan, mit einem neuen Landesgeld jene Familien finanziell zu fördern, die ihr Kind nicht in eine Kita schicken wollen.“*

CDU-Fraktion diskutiert an Schulwirklichkeit vorbei

Zur in dieser Woche geäußerten Kritik der CDU-Fraktion an fachfremdem Unterricht in den Schulen erklärte unsere bildungspolitische Sprecherin **Bettina Brück**: *„Die CDU-Fraktion möchte mal wieder eine Phantomdebatte führen, die zudem die gute Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen herabwürdigt. Unterschwellig erhebt die CDU-Fraktion den Vorwurf: ‚Wenn kein speziell ausgebildeter Fachlehrer vor der Klasse steht, ist das schlechter Unterricht‘. Mit dieser Ansicht wird die CDU-Fraktion der Realität an den Schulen nicht gerecht. Ausgeblendet wird dabei etwa, dass Fächer aus gutem Grund zu Fächergruppen zusammengefasst sind und dass die Kooperation in Lehrerteams ein*

wirksames Unterstützungssystem ist. Die rheinland-pfälzischen Schülerinnen und Schüler schneiden bei bundesweiten Vergleichstests regelmäßig überdurchschnittlich ab."

Brück betonte: "Es geht ja nicht darum, dass Deutschlehrer Mathematik unterrichten oder umgekehrt. In der Regel wird fachfremder Unterricht von Lehrkräften mit Qualifikationen aus einer eng verwandten Fachausbildung abgedeckt. Beispielsweise wird Informatik oft von hochqualifizierten Mathematikern oder Naturwissenschaftlern unterrichtet; Informatik wird überdies selten auf Lehramt studiert. Unverständlich ist auch die Kritik an den Kontingentstundentafeln. Diese bieten den Schulen die erforderliche und von den Schulen geforderte Flexibilität, sie können Fächerstunden entsprechend dem schuleigenen Konzept auf die Klassenstufen verteilen. Zudem gilt: Die Gesamtstundenzahl ist verbindlich festgelegt, und es muss auf einen angemessenen Ausgleich zwischen den Fächern geachtet werden."

SPD-Fraktion begrüßt Aufklärungskampagne der Polizei

Vor der anstehenden Straßenfastnacht informiert die rheinland-pfälzische Polizei flächendeckend Flüchtlinge über die „tollen Tage“. Mit einem mehrsprachigen Hinweisflyer werden wichtige Verhaltensregeln nähergebracht. Dazu erklärte unser polizeipolitischer Sprecher, **Wolfgang Schwarz**: „Das umfassende Sicherheitskonzept für die Fastnachtstage mit mobilen Eingreiftruppen der Polizei, einer Ausweitung der Kameraüberwachung an neuralgischen Punkten und sogenannten Body-Cams liegt bereits seit Wochen vor. Nun kommt ein weiterer Baustein hinzu: die kulturelle Sensibilisierung in den Flüchtlingsunterkünften. Für viele Neuankömmlinge ist das närrische Treiben mit wilden Verkleidungen und ausgelassener Stimmung sicherlich sehr erklärungsbedürftig. Die rheinland-pfälzische Polizei wird daher in diesen Tagen in Gesprächen und mit einem Flyer über die hiesigen Gepflogenheiten aufklären. Missverständnisse sollen gar nicht erst aufkommen.“

Unser rechtspolitischer Sprecher, **Heiko Sippel**, ergänzte: „Die neue Initiative passt gut zum bereits laufenden Programm eines Rechts- und Wertekundeunterrichts für Flüchtlinge.“ Durch diese Initiative von Justizminister Gerhard Robbers soll bei den Flüchtlingen mit Bleibeperspektive ein Verständnis für Grundlagen und Grenzen der freiheitlichen Gesellschaft aufgebaut werden. Der Rechtskundeunterricht findet in enger Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen statt. In den Unterrichtseinheiten werden unter anderem Basisinformationen zu Demokratie und Grundrechten, zum Bürgerlichen Gesetzbuch und zum Strafrecht vermittelt. Experten wie Richter und Staatsanwälte

erläutern diese unter Mithilfe von Dolmetschern und treten mit den Flüchtlingen in den Dialog.

Auf Antrag der SPD-Fraktion wird die Landesregierung bereits am Donnerstag, dem 11. Februar, eine erste polizeiliche Bilanz der Fastnachtstage präsentieren. Das Thema Rechtskundeunterricht für Flüchtlinge wird die Fraktion im kommenden Rechtsausschuss, 23. Februar, auf die Tagesordnung setzen.

SPD-Fraktion dankt Bürgerbeauftragten für seine wertvolle Arbeit

Zur Vorlage des Jahresberichts 2015 **unseres Bürgerbeauftragten Dieter Burgard** erklären unser Sprecher für Petitionen, **Nico Steinbach**, und unser Vorsitzender des Petitionsausschusses, **Fredi Winter**:

„Erneut ist dem Bürgerbeauftragten für seine wichtige Arbeit zu danken. Er trägt durch zahlreiche erfolgreiche Verständigungsbemühungen dazu bei, dass für viele Bürgerinnen und Bürger bessere Lösungen gefunden werden können. Das Wirken des Bürgerbeauftragten ist ein wichtiger Beitrag zum bürgernahen Rheinland-Pfalz und einem guten Klima zwischen den Verwaltungen und den Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern. Petitionsausschuss und Bürgerbeauftragter haben auch im vergangenen Jahr sehr gut kooperiert, vor allem dank der hervorragenden Arbeit des Bürgerbeauftragten und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Vorfeld der Beschlüsse des Ausschusses.“

Dem Petitionsausschuss kommt als sogenannten „Bürgerausschuss“ in der parlamentarischen Demokratie eine besondere Stellung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und dem Landtag zu. Er bietet die direkte Möglichkeit, sich mit Eingaben an die Abgeordneten und den Bürgerbeauftragten zu wenden. *„Zu Recht weist der Bürgerbeauftragte daher auf die Bedeutung der öffentlichen Petition hin. Unsere Initiative zur Einführung dieser neuen Beteiligungsmöglichkeit hat sich als richtig erwiesen“*, so **Steinbach** und **Winter** weiter.

Rot-grüne Kommunalreform erneut bestätigt

Mit der Eingliederung der Verbandsgemeinde Manderscheid in die Verbandsgemeinde Wittlich-Land hat der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz erneut eine Maßnahme der ersten Stufe der Kommunal- und Gebietsreform rechtlich bestätigt. Dazu erklärte



unser innenpolitischer Sprecher, **Hans Jürgen Noss**: „Zum vierten Mal in Folge urteilt der Verfassungsgerichtshof, dass die rot-grüne Koalition rechtlich präzise und sauber gearbeitet hat. Erneut gibt das höchste rheinland-pfälzische Gericht grünes Licht, wie bereits zuvor in Sachen Thaleischweiler-Fröschen-Wallhalben, Traben-Trarbach und der neuen Verbandsgemeinde Südeifel.“

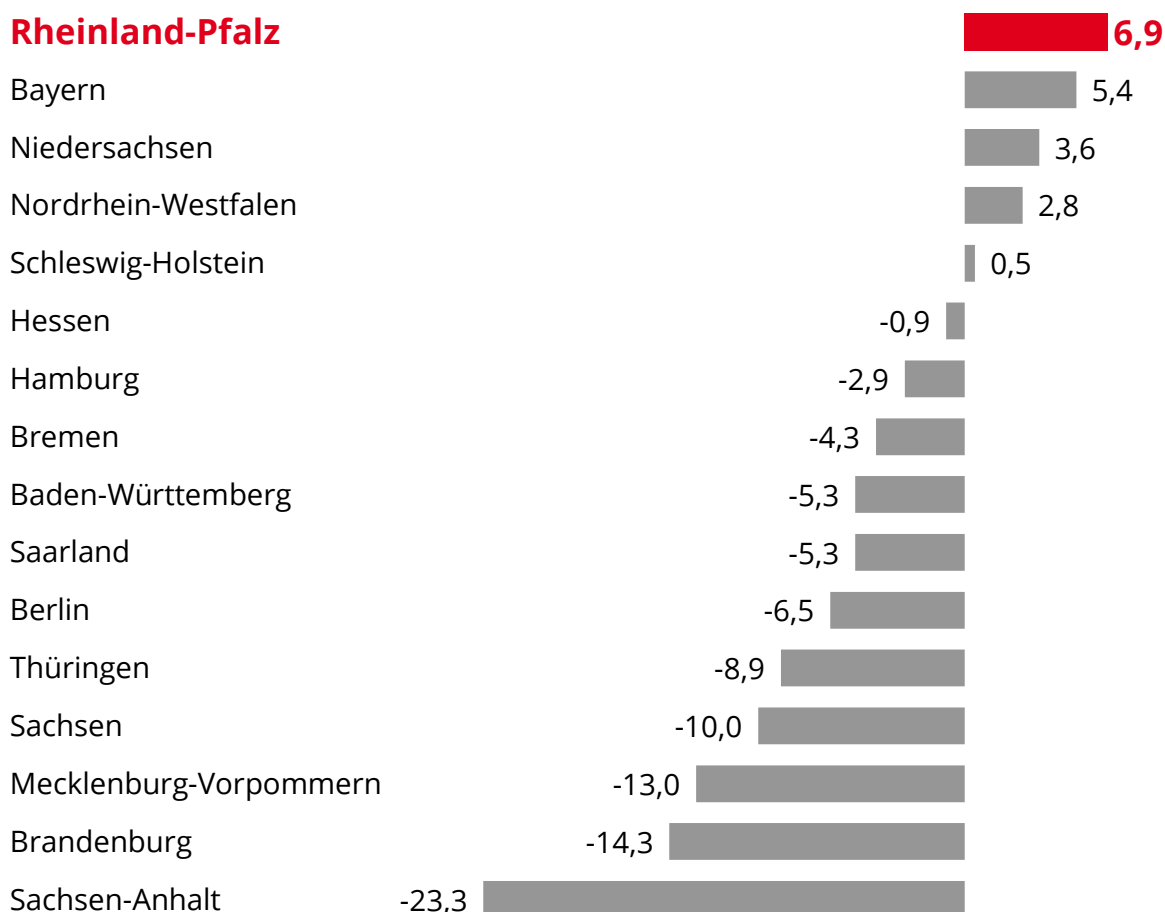
Noss betonte: „Die Kommunal- und Gebietsreform der ersten Stufe ist in seiner Gänze rechtlich einwandfrei und auch inhaltlich der richtige Weg. Rheinland-Pfalz verfügt über eine der kleinteiligsten Kommunal- und damit Verwaltungsstrukturen Deutschlands. Mit der Reform wurden die Gemeinden auf ihre Zukunftsfestigkeit hin überprüft und dann neue Zuschnitte gesucht, die eine effiziente aber bürgernahe Verwaltung unter den Vorzeichen des demographischen Wandels sicherstellen. Dabei wurde großer Wert auf freiwillige Fusionen unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gelegt. Diese erste Stufe der Kommunalreform ist mittlerweile fast abgeschlossen und zwar mit einer eindeutigen Bilanz: Bis auf ein Verfahren sind alle Fusionen bestätigt worden.“

ZAHLEN UND FAKTEN

BESCHÄFTIGTE IM BEREICH DER POLIZEI

Kein anderes Bundesland hat zwischen 2004 und 2014 prozentual mehr Beschäftigte im Bereich der Polizei eingestellt als Rheinland-Pfalz.

Veränderung der Beschäftigten im Bereich der Polizei 2014 zu 2004 in Prozent.



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2016, eigene Darstellung.